

Unicredit greift zu

Commerzbank steht kurz vor Übernahme durch italienische Unicredit. Sperrminorität von Bundesregierung mit Anteilzukauf möglich, aber wenig wahrscheinlich

Von David Maiwald

Der Ton war rauh. Seit Monaten sparte die Vorstandsetage der Commerzbank nicht mit Superlativen, sprach von einer »feindlichen Übernahme« durch den italienischen Konkurrenten Unicredit. Wenn Bettina Orlopp nun am kommenden Donnerstag die Quartalszahlen des Frankfurter Geldhauses präsentiert, dürfte die Unicredit mit einem Anteil von mehr als 47,5 Prozent tatsächlich schon die Geschicke des Geldhauses bestimmen.

Dementsprechend versöhnlicher hatte sich die Chefin der zweitgrößten deutschen Geschäftsbank in der vergangenen Woche geäußert. Commerzbank und Unicredit würden in den kommenden Monaten »im Schulterschluss mit dem Aufsichtsrat sowie den Arbeitnehmervertretern und im engen Austausch mit der Bundesregierung« Gespräche führen, »um Schritt für Schritt festzulegen, wie wir weitermachen«, äußerte Orlopp in einem intern verbreiteten Interview, über das das *Handelsblatt* zuerst berichtet hatte.

Der Hinweis der Bankvorständin auf die Bundesregierung als der nächste und nach der Unicredit nun zweitgrößte institutionelle Anteilseigner der Commerzbank erfolgte nicht zufällig. Aktuell hält der Bund 12 Prozent an der Commerzbank, nachdem die Ampelregierung ein Paket von 4,5 Prozent verkauft hatte – an Unicredit. Unwahrscheinlich, dass in Berlin 2024 nicht absehbar war, dass die Mailänder Großbank dies als Auftakt für eine Übernahme verstehen würde. Nun könnte es bald soweit sein, auch wenn eine Genehmigung durch die Europäische Zentralbank (EZB) dafür noch aussteht. Unicredit will sich die Commerzbank bis Ende des Jahres vollständig einverleibt haben.

Immer wieder hatte die Commerzbank-Spitze und auch die Gewerkschaft Verdi, die Beschäftigte des Unternehmens vertritt, an die Bundesregierung appelliert. Diese habe erwägt, den Anteil über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wieder um 13 Prozent aufzustocken und sich so eine Sperrminorität bei der Commerzbank sichern zu können, hatte die Nachrichtenagentur *Reuters* mit Berufung auf Insider Anfang Mai berichtet. Die Kosten würden sich auf gut 5,5 Milliarden Euro belaufen. Noch vor zwei Wochen hatte Bundeskanzler Friedrich Merz solche Pläne weder dementiert noch bestätigt, erklärte aber, mit Unicredit-Chef Andrea Orcel im Gespräch zu sein. Die »Fusion oder Übernahme« der Commerzbank durch Unicredit wolle die Regierung aber nicht verhindern.

Kahlschlagpläne hatte Orcel öffentlich immer wieder auszuräumen versucht. Die Gewerkschaft hatte auf Filialschließungen und Entlassungen bei der Hypovereinsbank verwiesen, auch Bettina Orlopp sprach mit Blick auf die Hypo von einer »Blaupause« für die Commerzbank. Die bayerische Bank hatte vor der Übernahme durch Unicredit im Jahr 2005 rund 60.000 Beschäftigte, in nur zehn Jahren vernichtete sie mehr als 45.000 Stellen und schloss knapp die Hälfte aller Filialen in der Bundesrepublik. Verdi sprach von einer »Todesspirale« beim Finanzkonzern, als Unicredit 2015 angekündigt hatte, 18.000 Stellen weltweit zu kürzen. Nun befürchtet Verdi, Unicredit könne mit einer Übernahme erneut große Teile der Belegschaft entlassen: Da bis zu 10.000 der derzeit rund 39.000 Beschäftigten akut gefährdet seien, hätten Gewerkschaft und Gesamtbetriebsrat [einen »faktischen Ausschluss« betriebsbedingter Kündigungen und sozialverträgliche, freiwillige Abgänge vereinbart](#), hieß es.

Eine mögliche Fusion von Hypo- und Commerzbank hatte Unicredit-Chef Orcel mit der Übernahme ersterer zunächst ausgeschlossen. Angesichts zu erwartender »erheblicher Widerstände und Reibungsverluste« schließe er einen Zusammenschluss der Geldhäuser vorerst aus, hatte er vergangene Woche gegenüber der *Welt am Sonntag* erklärt. »Commerzbank und HVB sollen zwei bis drei Jahre eigenständig bleiben«, zitierte die Zeitung, über eine Fusion werde frühestens »in vier bis fünf Jahren entschieden«. Im Privatkundengeschäft werde es weder Stellenkürzungen noch Filialschließungen geben, erklärte Orcel demnach, dort seien »kaum Eingriffe erforderlich«.

Nicht verwunderlich, denn die hatte Bettina Orlopp bereits durchgeführt, die Dividende angehoben [und 3.900 Stellen im Konzern gekürzt, mehr als 3.000 davon in Deutschland](#). Verdi zog dennoch ausschließlich gegen die Unicredit-Übernahme vor die Bankenzentrale am Frankfurter Kaiserplatz und ließ sich in den Kampf »ums Ganze« einspannen. Man werde sich »mit allen Mitteln wehren«, hatte Verdi-Sekretär und Commerzbank-Aufsichtsrat Stefan Wittmann 2024 gegenüber dem *Handelsblatt* erklärt. Er wird sich nun bald vor den Beschäftigten beweisen müssen. Allen Bekundungen zum Trotz dürfte der Ton gewiss bald wieder rauher werden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/527178.commerzbank-unicredit-greift-zu.html>